

Bern, 23. November 2011

An die Berner Print- und elektronischen Medien
Redaktion Kanton Bern

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir möchten Sie bitten, die untenstehende Mitteilung in Ihrer Berichterstattung zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüssen



Blaise Kropf

Nach dem Zustandekommen der kantonalen Lohninitiative sind Massnahmen gefordert

Erfolg für Verbände: Lohninitiative zustande gekommen

Die Initiative für faire Löhne der Personalverbände ist mit einem ausgezeichneten Ergebnis zustande gekommen. Die lancierenden Organisationen BSPV, LEBE und VPOD haben bei der Staatskanzlei heute 15'943 Unterschriften eingereicht. Das Zustandekommen der Initiative unterstreicht den lohnpolitischen Handlungsbedarf. Nun sind die Behörden gefordert, konkrete Massnahmen einzubringen.

Die Personalverbände LEBE, BSPV und VPOD haben heute 15'943 Unterschriften für die kantonale Lohninitiative bei der Staatskanzlei eingereicht. Die Initiative wurde im ganzen Kantonsgebiet breit unterzeichnet. Der Verwaltungskreis Bern Mittelland hat 7203, Biel 1126, Seeland 1300, Berner Jura 132, Obersimmental Saanen 163, Frutigen Niedersimmental 615, Interlaken Oberhasli 579, Thun 2052, Emmental 1613 und Oberaargau 1160 Unterschriften zum Ergebnis beigetragen. Die breit abgestützte regionale Herkunft der Unterschriften unterstreicht den lohnpolitischen Handlungsbedarf im Kanton Bern – die Initiative wurde überall gleichermassen unterstützt. Für die Personalverbände, die bewusst auf die Unterstützung durch politische Parteien verzichtet hatten, ist dies ein bemerkenswerter Erfolg.

Fast zwei Drittel der Unterschriften hat LEBE beigetragen. Für den Berufsverband Lehrerinnen und Lehrer Bern (LEBE) ist damit klar, dass die Wiedereinführung des geregelten Lohnaufstieg für die Lehrpersonen erste Priorität haben muss. Für jüngere Lehrpersonen ist die heutige Situation extrem unbefriedigend. Während Lehrpersonen über 55 Jahren häufig noch das Lohnmaximum erreichen konnten, haben jüngere Lehrpersonen bisher eine deutlich schlechtere Lohnentwicklung erlebt und sind gegenüber dem früheren System und dem Konkurrenzumfeld deutlich ins Hintertreffen geraten. Die Lohninitiative sieht wieder eine verlässliche Lohnentwicklung vor. Diese Massnahme soll dazu beitragen, den Beruf attraktiver zu machen.

Das grosse Engagement der Lehrerinnen und Lehrer beim Sammeln von Unterschriften für die Lohninitiative zeigt, dass die LEBE-Mitglieder politisiert und bereit sind, für gute Arbeitsbedingungen einzustehen. Dies ist nicht erstaunlich, zumal die Lehrpersonen durch die, von der Regierung angekündigten, Sparmassnahmen in der Schule einmal mehr die Qualität ihrer Arbeit bedroht sehen.

Zwar arbeiteten Kantonsangestellte, so Matthias Burkhalter, Geschäftsführer BSPV, nicht nur für den Lohn. Die meisten leisten eine sinnvolle und befriedigende Arbeit für den Kanton Bern. Die Zufriedenheit am Arbeitsplatz, das Wohlfühlen im Team und die Anerkennung durch Vorgesetzte sind Faktoren, die ebenso wichtig sind wie der Zahltag am Monatsende. "Wer eine Stelle beim Kanton antritt, bei dem stimmt der Anfangslohn zumeist. Im Argen liegt aber der Lohnanstieg über die Jahre", führte Matthias Burkhalter aus. Genau hier will die Lohninitiative der Personalverbände ansetzen.

Nach dem erfolgreichen Abschluss der Unterschriftensammlung liege der Ball nun bei den kantonalen Behörden, führte Blaise Kropf, Gewerkschaftssekretär beim VPOD, aus. Allein der grosse Lohnrückstand gegenüber dem Konkurrenzumfeld sowie der auch in diesem Jahr absehbare ungenügende Lohnabschluss gebietet es, mit strukturellen Verbesserungen eine nachhaltige Besserung einzuleiten. Die Lohninitiative unterstreicht die Brisanz der lohnpolitischen Herausforderung zusätzlich, so Blaise Kropf.

Die Lohninitiative fordert, dass das Personal unter der Voraussetzung guter Arbeitsleistungen Anspruch auf einen jährlichen Stufenaufstieg von 1,5% hat (entspricht zwei Stufen); dieser Anspruch gilt bis zur Gehaltsstufe 53 und damit in den unteren zwei Dritteln des individuellen Lohnbestandteils. Bei den Lehrkräften fordert die Initiative, dass das Lohnmaximum innerhalb von 26 Jahren anerkannter Berufserfahrung erreicht wird.